

**1987****Ausgegeben zu Bonn am 12. Juni 1987****Nr. 13**

Tag	Inhalt	Seite
1. 6. 87	Verordnung über die Inkraftsetzung der Korrektur 1 zur Änderung 01 und der Änderung 02 der Regelung Nr. 44 nach dem Übereinkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung (Verordnung zur Änderung der Regelung Nr. 44)	294
6. 5. 87	Bekanntmachung zu dem Internationalen Abkommen über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen	295
6. 5. 87	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Republik Birmanische Union über Finanzielle Zusammenarbeit	295
8. 5. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen	297
8. 5. 87	Bekanntmachung über die Ergänzung der Anlage zu dem Europäischen Übereinkommen über die Regelung des Personenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates	298
8. 5. 87	Bekanntmachung zu dem Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen	299
8. 5. 87	Bekanntmachung zu den Artikeln 25 und 46 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und zum Protokoll Nr. 4 zu dieser Konvention	299
12. 5. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über psychotrope Stoffe	300
12. 5. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt	300
12. 5. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte	301
12. 5. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Rahmenübereinkommens über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften	301
13. 5. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Techniken (Umweltkriegsübereinkommen)	302
14. 5. 87	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ecuador über Finanzielle Zusammenarbeit	302
18. 5. 87	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Pakistan über Finanzielle Zusammenarbeit	304
20. 5. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum	305
20. 5. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen	306
20. 5. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens über die vorübergehende Einfuhr von Berufsausrüstung	308

Die Anhänge 1 und 2 zu der Verordnung zur Änderung der Regelung Nr. 44 werden als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblattes Teil II wird der Anlageband auf Anforderung kostenlos übersandt.

**Verordnung**  
**über die Inkraftsetzung der Korrektur 1 zur Änderung 01 und der Änderung 02 der Regelung Nr. 44**  
**nach dem Übereinkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen**  
**für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen**  
**und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung**  
**(Verordnung zur Änderung der Regelung Nr. 44)**

**Vom 1. Juni 1987**

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 12. Juni 1965 zu dem Übereinkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung (BGBl. 1965 II S. 857), der durch das Gesetz vom 20. Dezember 1968 (BGBl. II S. 1224) eingefügt worden ist, wird nach Anhörung der zuständigen obersten Landesbehörden verordnet:

**§ 1**

Nach Maßgabe des Artikels 12 des Übereinkommens vom 20. März 1958 sind

1. die Korrektur 1 zur Änderung 01

und

2. die Änderung 02

zur Regelung Nr. 44 über einheitliche Vorschriften für die Genehmigung der Rückhalteeinrichtungen für Kinder in

Kraftfahrzeugen – Verordnung vom 26. April 1984 (BGBl. II S. 458) – mit Änderung 01 vereinbart worden. Sie werden hiermit in Kraft gesetzt.

Die Korrektur 1 zur Änderung 01 wird als Anhang 1 und die Änderung 02 wird als Anhang 2 zu dieser Verordnung veröffentlicht.\*)

**§ 2**

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 4 des in der Eingangsformel genannten Gesetzes vom 12. Juni 1965 in der Fassung des Gesetzes vom 20. Dezember 1968 auch im Land Berlin.

**§ 3**

Diese Verordnung ist hinsichtlich  
des Anhangs 1 mit Wirkung vom 23. März 1984 und  
des Anhangs 2 mit Wirkung vom 4. April 1986  
in Kraft getreten.

Bonn, den 1. Juni 1987

Der Bundesminister für Verkehr  
In Vertretung  
Alfred Bayer

\*) Die Anhänge 1 und 2 werden als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblattes Teil II wird der Anlageband auf Anforderung kostenlos übersandt.

**Bekanntmachung  
zu dem Internationalen Abkommen über den Schutz  
der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen**

**Vom 6. Mai 1987**

Schweden hat die bei Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde gemachten Vorbehalte nach Artikel 18 des Abkommens vom 26. Oktober 1961 über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen (BGBl. 1965 II S. 1243) wie folgt geändert:

1. Der Vorbehalt nach Artikel 6 Abs. 2 ist zurückgenommen worden.
2. Der Vorbehalt nach Artikel 16 Abs. 1 Buchstabe a (ii), wonach Schweden Artikel 12 nur im Zusammenhang mit der Funksendung anwendet, ist dahingehend eingeschränkt worden, daß Schweden Artikel 12 nunmehr auf die Funksendung und auf die öffentliche Wiedergabe zu Handelszwecken anwendet.
3. Der Vorbehalt nach Artikel 17 ist zurückgenommen worden, soweit er die Vervielfältigung von Tonträgern betrifft. Schweden gewährt seit dem 1. Juli 1986 allen Tonträgern Schutz nach Artikel 10 des Abkommens.

Die Änderungen sind am 1. Juli 1986 wirksam geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 21. Oktober 1966 (BGBl. II S. 1473), vom 16. Juni 1967 (BGBl. II S. 2004) und vom 25. Februar 1987 (BGBl. II S. 209).

Bonn, den 6. Mai 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung  
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Sozialistischen Republik Birmanische Union  
über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Vom 6. Mai 1987**

In Rangun ist am 31. März 1987 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Republik Birmanische Union über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 31. März 1987

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 6. Mai 1987

Der Bundesminister  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
Im Auftrag  
Zahn

## Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Republik Birmanische Union über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Regierung der Sozialistischen Republik Birmanische Union –  
im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialisti-  
schen Republik Birmanische Union,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch  
partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu  
vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen  
die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in  
Birma beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Ergebnisprotokoll vom 28. Novem-  
ber 1986 über die Regierungsverhandlungen in Bonn und die  
Zusage durch die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in  
Rangun vom 22. Dezember 1986 –

sind wie folgt übereingekommen:

### Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht  
es der Regierung der Sozialistischen Republik Birmanische Union  
oder einem anderen von beiden Regierungen gemeinsam auszu-  
wählenden Empfänger, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau,  
Frankfurt am Main, Darlehen und zur Vorbereitung sowie für  
notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung  
von Vorhaben der Finanziellen Zusammenarbeit erforderlichen-  
falls Finanzierungsbeiträge bis zu insgesamt 37,3 Millionen DM  
(in Worten: siebenunddreißig Millionen dreihunderttausend Deut-  
sche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungs-  
würdigkeit festgestellt worden ist.

(2) Die in Absatz 1 genannten Finanzierungsmittel werden für  
folgende Vorhaben verwendet:

- a) Darlehen bis zu 16 000 000,- DM (in Worten: sechzehn Millio-  
nen Deutsche Mark) für ein sektorbezogenes Programm Ener-  
gie zur landesweiten Verbesserung der Energieverteilung und  
besseren Ausnutzung der bestehenden Energieerzeugungs-  
kapazitäten,
- b) Darlehen bis zu 9 000 000,- DM (in Worten: neun Millionen  
Deutsche Mark) für ein sektorbezogenes Programm Industrie  
zur Lieferung des Zweijahresbedarfs an Ersatzteilen und  
Materialien für zwei Düngemittelfabriken und zur Lieferung  
von Maschinen, Ersatzteilen und Ausrüstungen für die Pro-  
duktion von Pumpen und Motoren,
- c) Darlehen bis zu 3 000 000,- DM (in Worten: drei Millionen  
Deutsche Mark) zur Finanzierung von Mehrkosten für Ersatz-  
teile für 25 früher gelieferte Lokomotiven,

- d) Darlehen bis zu 7 000 000,- DM (in Worten: sieben Millionen  
Deutsche Mark) für Mehrkosten beim Aufbau einer genossen-  
schaftlichen Ölmühle in Katha,
- e) Finanzierungsbeitrag bis zu 2 300 000,- DM (in Worten: zwei  
Millionen dreihunderttausend Deutsche Mark) zur Durch-  
führung einer ergänzenden Hygieneaufklärungskampagne im  
Rahmen des Projektes ländliche Wasserversorgung.

(3) Die in Absatz 2 bezeichneten Vorhaben können im Einver-  
nehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutsch-  
land und der Regierung der Sozialistischen Republik Birmanische  
Union durch andere Vorhaben ersetzt werden. Finanzierungs-  
beiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen gemäß den  
Absätzen 1 und 2 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie  
nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

### Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die  
Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie  
das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der  
Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger der Darlehen  
und des Finanzierungsbeitrags zu schließenden Verträge, die den  
in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften  
unterliegen.

(2) Die Regierung der Sozialistischen Republik Birmanische  
Union, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmerin ist, wird gegen-  
über der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deut-  
scher Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehens-  
nehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge  
garantieren.

### Artikel 3

Die Regierung der Sozialistischen Republik Birmanische Union  
stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern  
und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang  
mit Abschluß und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Ver-  
träge in der Sozialistischen Republik Birmanische Union erhoben  
werden.

### Artikel 4

(1) Die Regierung der Sozialistischen Republik Birmanische  
Union gestattet bei den sich aus der Darlehensgewährung und  
der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transpor-  
ten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr die freie  
Wahl zwischen Verkehrsunternehmen, die die Flagge der Bun-  
desrepublik Deutschland, und Verkehrsunternehmen, die die  
Flagge der Sozialistischen Republik Birmanische Union führen.

(2) Die Schiffsverkehrsunternehmen, die die Flagge der Bundes-  
republik Deutschland, und die, die die Flagge der Sozialistischen  
Republik Birmanische Union führen, werden an den sich aus der  
Darlehensgewährung und der Gewährung des Finanzierungsbei-  
trags ergebenden Transporten von Gütern aus dem deutschen  
Geltungsbereich dieses Abkommens gleichmäßig und gleich-  
berechtigt beteiligt. Die Regierung der Sozialistischen Republik

Birmanische Union erteilt die für die Beteiligung von Schiffsverkehrsunternehmen, die die Flagge der Bundesrepublik Deutschland führen, gegebenenfalls erforderlichen Genehmigungen.

**Artikel 5**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

**Artikel 6**

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Sozialistischen Republik Birmanische Union innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

**Artikel 7**

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Rangun am 31. März 1987 in zwei Urschriften, jede in deutscher, birmanischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des birmanischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
Dr. Frhr. von Marschall

Für die Regierung  
der Sozialistischen Republik Birmanische Union  
U Nyunt Maung

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens  
zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen**

**Vom 8. Mai 1987**

Das Übereinkommen vom 16. Dezember 1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen (BGBl. 1972 II S. 1505) ist nach seinem Artikel 13 Abs. 4 für

Brunei Darussalam

am 16. Mai 1986

in Kraft getreten. Brunei Darussalam hat seine Beitrittsurkunden am 16. April 1986 in London, am 13. Mai 1986 in Washington und am 1. August 1986 in Moskau hinterlegt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 27. Februar 1986 (BGBl. II S. 534).

Bonn, den 8. Mai 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung  
über die Ergänzung der Anlage zu dem Europäischen Übereinkommen  
über die Regelung des Personenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates**

**Vom 8. Mai 1987**

Die Anlage zu dem Europäischen Übereinkommen vom 13. Dezember 1957 über die Regelung des Personenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates (BGBl. 1959 II S. 389, 395), die nach Artikel 1 Abs. 1 des Übereinkommens Bestandteil desselben ist und die zuletzt durch eine Liste Portugals ergänzt worden ist (vgl. die Bekanntmachung vom 4. Februar 1986/BGBl. II S. 474), ist in Übereinstimmung mit Artikel 11 des Übereinkommens in bezug auf die Liste Portugals mit Wirkung vom 16. November 1986 durch folgende weitere Urkunde ergänzt worden:

(Übersetzung)

Personal booklet ("cédula pessoal")  
when utilised by minors

Livret personnel («cédula pessoal»)  
s'il est utilisé par des mineurs

Personalheft („cédula pessoal“),  
soweit es von Minderjährigen verwendet  
wird

Nachstehend wird die Liste Portugals in ihrer ab 16. November 1986 geltenden  
Fassung veröffentlicht:

(Übersetzung)

Portugal:

Valid passport or expired within the last five  
years;

Valid national identity card;

Valid Collective Identity and Travel Certifi-  
cate;

Personal booklet ("cédula pessoal") when  
utilised by minors.

Portugal:

Passeport valable ou périmé depuis moins  
de cinq ans;

Carte nationale d'identité valable;

Certificat collectif d'identité et de voyage  
valable;

Livret personnel («cédula pessoal») s'il est  
utilisé par des mineurs.

Portugal:

Gültiger oder seit höchstens fünf Jahren  
ungültig gewordener Reisepaß;

gültiger nationaler Personalausweis;

gültiger Sammel-Personal- und -Reiseaus-  
weis;

Personalheft („cédula pessoal“), soweit es  
von Minderjährigen verwendet wird.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom  
4. Februar 1986 (BGBl. II S. 474).

Bonn, den 8. Mai 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung  
zu dem Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen  
der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen**

**Vom 8. Mai 1987**

Das Vereinigte Königreich hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert, daß es die Bestimmungen des am 21. November 1947 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommenen Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen (BGBl. 1954 II S. 639; 1971 II S. 129; 1979 II S. 812) nach dessen Artikel IX § 43

mit Wirkung vom 3. September 1986

auf folgende weitere Sonderorganisation anwendet:

Weltorganisation für geistiges Eigentum  
(WIPO – Anlage XV).

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 1. Dezember 1986 (BGBl. II S. 1133).

Bonn, den 8. Mai 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Oesterheld

---

**Bekanntmachung  
zu den Artikeln 25 und 46 der Konvention  
zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten  
und zum Protokoll Nr. 4 zu dieser Konvention**

**Vom 8. Mai 1987**

Dänemark hat mit Erklärungen vom 18. Februar 1987 die Zuständigkeit der Europäischen Kommission für Menschenrechte nach Artikel 25 und die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nach Artikel 46 der Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (BGBl. 1952 II S. 685, 953)

mit Wirkung vom 6. April 1987  
für weitere fünf Jahre

mit der Maßgabe anerkannt, daß die Anerkennung der Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte unter der Bedingung der Gegenseitigkeit steht; die Unterwerfungserklärungen erstrecken sich auch auf das Protokoll Nr. 4 vom 16. September 1963 (BGBl. 1968 II S. 422) zu der genannten Konvention.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 6. Mai 1982 (BGBl. II S. 540) und vom 5. März 1987 (BGBl. II S. 213).

Bonn, den 8. Mai 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Oesterheld

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens  
über psychotrope Stoffe**

**Vom 12. Mai 1987**

Das Übereinkommen vom 21. Februar 1971 über psychotrope Stoffe (BGBl. 1976 II S. 1477; 1978 II S. 1239; 1980 II S. 1406; 1981 II S. 379; 1985 II S. 1104) ist nach seinem Artikel 26 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Burkina Faso	am	20. April 1987
Katar	am	18. März 1987

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 1. Dezember 1986 (BGBl. 1987 II S. 25).

Bonn, den 12. Mai 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Oesterhelt

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens  
zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt**

**Vom 12. Mai 1987**

Das Übereinkommen vom 23. September 1971 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt (BGBl. 1977 II S. 1229) ist nach seinem Artikel 15 Abs. 4 für

Brunei Darussalam	am 16. Mai 1986
-------------------	-----------------

in Kraft getreten. Brunei Darussalam hat seine Beitrittsurkunden am 16. April 1986 in London, am 13. Mai 1986 in Washington und am 1. August 1986 in Moskau hinterlegt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 22. Mai 1986 (BGBl. II S. 701).

Bonn, den 12. Mai 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Oesterhelt



**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Internationalen Paktes  
über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte**

**Vom 12. Mai 1987**

Der Internationale Pakt vom 19. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (BGBl. 1973 II S. 1569) ist nach seinem Artikel 27 Abs. 2 für

Uganda

am 21. April 1987

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 1. April 1987 (BGBl. II S. 239).

Bonn, den 12. Mai 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Oesterhelt

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Europäischen Rahmenübereinkommens  
über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften**

**Vom 12. Mai 1987**

Das Europäische Rahmenübereinkommen vom 21. Mai 1980 über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften (BGBl. 1981 II S. 965) wird nach seinem Artikel 9 Abs. 3 für

Belgien

am 7. Juli 1987

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 1. August 1985 (BGBl. II S. 1047).

Bonn, den 12. Mai 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens  
über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung  
umweltverändernder Techniken  
(Umweltkriegsübereinkommen)**

**Vom 13. Mai 1987**

Das Übereinkommen vom 18. Mai 1977 über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Techniken (Umweltkriegsübereinkommen) – BGBl. 1983 II S. 125 – ist nach seinem Artikel IX Abs. 4 für folgenden weiteren Staat in Kraft getreten:

Korea, Republik

am 2. Dezember 1986

nach Maßgabe folgender Erklärung:

(Übersetzung)

"It is the understanding of the Government of the Republic of Korea that any technique for deliberately changing the natural state of rivers falls within the meaning of the term 'environmental modification techniques' as defined in Article II of the Convention.

It is further understood that military or any other hostile use of such techniques, which could cause flooding, inundation, reduction in the water-level, drying up, destruction of hydrotechnical installations or other harmful consequences, comes within the scope of the Convention, provided it meets the criteria set out in Article I thereof."

„Die Regierung der Republik Korea geht davon aus, daß jede Technik zur bewußten Änderung des natürlichen Zustands von Flüssen unter den Begriff ‚umweltverändernde Techniken‘ im Sinne des Artikels II des Übereinkommens fällt.

Ferner wird davon ausgegangen, daß die militärische oder eine sonstige feindselige Nutzung derartiger Techniken, die eine Überflutung, Überschwemmung, Senkung des Wasserstands, Austrocknung, Zerstörung hydrotechnischer Anlagen oder andere schädliche Auswirkungen verursachen könnte, in den Geltungsbereich des Übereinkommens fällt, sofern sie die in Artikel I genannten Kriterien erfüllt."

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 28. November 1986 (BGBl. II S. 1036).

Bonn, den 13. Mai 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Oesterheld

**Bekanntmachung  
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Republik Ecuador  
über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Vom 14. Mai 1987**

In Quito ist am 16. Februar 1987 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ecuador über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 6

am 16. Februar 1987

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 14. Mai 1987

Der Bundesminister  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
Im Auftrag  
Dr. Ehmann

**Abkommen  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Republik Ecuador  
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Ecuador,

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ecuador,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Ecuador beizutragen,

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1**

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Ecuador, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben „Studien- und Fachkräftefonds“ einen Finanzierungsbeitrag bis zu 2 000 000,- DM (in Worten: zwei Millionen Deutsche Mark) zu erhalten.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung Ecuador durch andere Vorhaben ersetzt werden. Der Finanzierungsbeitrag gemäß Absatz 1 wird in ein Darlehen umgewandelt, wenn er nicht für den vorgesehenen Zweck verwendet wird.

**Artikel 2**

Die Verwendung des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrages sowie die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrages zu schließende Vertrag.

**Artikel 3**

Die Regierung der Republik Ecuador stellt die Kreditantalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrages in der Republik Ecuador erhoben werden.

**Artikel 4**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrages ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

**Artikel 5**

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Ecuador innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

**Artikel 6**

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Quito, am sechzehnten Februar Eintausend-neunhundertsebenundachtzig, in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Hellmut Hoff  
Botschafter

Für die Regierung der Republik Ecuador

Dr. Rafael García Velasco  
Außenminister

**Bekanntmachung  
der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Islamischen Republik Pakistan  
über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Vom 18. Mai 1987**

In Islamabad ist durch Notenwechsel vom 2. April/  
15. April 1987 zwischen der Regierung der Bundesrepu-  
blik Deutschland und der Regierung der Islamischen  
Republik Pakistan eine Vereinbarung über Finanzielle  
Zusammenarbeit getroffen worden. Die Vereinbarung ist

am 15. April 1987

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 18. Mai 1987

Der Bundesminister  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
Im Auftrag  
Dr. Ehmann

Der Botschafter der  
Bundesrepublik Deutschland  
EZ 444.00

Islamabad, den 2. April 1987

Herr Staatssekretär,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf das Abkommen zwischen unseren beiden Regierungen vom 29. Mai 1984 über Finanzielle Zusammenarbeit sowie unter Bezugnahme auf das Protokoll der pakistanisch-deutschen Verhandlungen 1984 in Islamabad vom 29. Mai 1984 und auf das Protokoll der pakistanisch-deutschen Verhandlungen 1985 in Bonn vom 15. Mai 1985 folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

1. Artikel 1 Absatz 7 des zwischen unseren beiden Regierungen geschlossenen Abkommens vom 29. Mai 1984 wird durch die folgenden Absätze 7 bis 9 ersetzt:

„(7) Ein Finanzierungsbeitrag bis zu 10 000 000,- DM (in Worten: zehn Millionen Deutsche Mark) wird für das Vorhaben des UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) (Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen) „Income-generating programme for refugee areas“ verwendet.

(8) Ein Finanzierungsbeitrag bis zu 6 000 000,- DM (in Worten: sechs Millionen Deutsche Mark) wird für das Vorhaben „Entwicklung von Grundwasservorkommen in flüchtlings-betroffenen Gebieten Belutschistans“ verwendet, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(9) Ein Finanzierungsbeitrag bis zu 4 000 000,- DM (in Worten: vier Millionen Deutsche Mark) wird zur Bildung eines Studien- und Expertenfonds verwendet, der zur Vorbereitung und für notwendige Begleitmaßnahmen bei der Durchführung und Betreuung von Vorhaben der Finanziellen Zusammenarbeit bestimmt ist, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.“

2. Artikel 1 Absatz 8 wird zu Artikel 1 Absatz 10.
3. Im übrigen gelten die Bestimmungen des eingangs erwähnten Abkommens vom 29. Mai 1984 einschließlich der Berlin-Klausel (Artikel 6) auch für diese Vereinbarung.

Falls sich die Regierung der Islamischen Republik Pakistan mit den in Nummern 1 bis 3 enthaltenen Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Berendonck

Herrn Staatssekretär  
M.A.G.M. Akhtar  
Economic Affairs Division  
Islamabad

Regierung von Pakistan  
Ministerium für Finanzen  
und Wirtschaft

Islamabad, den 15. April 1987

Exzellenz,

ich beehre mich, den Erhalt der Austauschnote betr. das Projekt „Income-generating programme for refugee areas“ zu bestätigen, die ich mit Ihrem Schreiben Nr. EZ 444 vom 2. April 1987 erhalten habe, das wie folgt lautet:

*(Es folgt der Text der einleitenden Note.)*

Ich bestätige, daß die Regierung der Islamischen Republik Pakistan die Vorschläge, die in Ihrer o. a. Note enthalten sind, annimmt.

Empfangen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

A. Ghafoor Mirza

Seiner Exzellenz  
Herrn Gerd Berendonck  
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland  
Islamabad

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens  
zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum**

**Vom 20. Mai 1987**

Das Übereinkommen vom 14. Juli 1967 zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum (BGBl. 1970 II S. 293, 295; 1984 II S. 799; 1985 II S. 975) wird nach seinem Artikel 15 Abs. 2 für

Paraguay am 20. Juni 1987  
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. Dezember 1986 (BGBl. 1987 II S. 50).

Bonn, den 20. Mai 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Oesterheld

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens  
über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen**

**Vom 20. Mai 1987**

I.

Das Vereinigte Königreich hat am 6. Januar 1987 nach Artikel 40 Abs. 2 des Haager Übereinkommens vom 18. März 1970 über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen (BGBl. 1977 II S. 1452, 1472) die Erstreckung des Übereinkommens auf Jersey nach Maßgabe der nachstehend wiedergegebenen Bezeichnungen von Behörden sowie der nachstehend wiedergegebenen Erklärungen notifiziert:

Bezeichnungen von Behörden:

(Übersetzung)

- |  |  |
|--|--|
| <p>"(a) Under Articles 16, 17 and 18 of the Convention, the Royal Court of Jersey is designated as the competent authority for Jersey;</p> <p>(b) Under Articles 24 and 25 of the Convention, the Royal Court is designated as an additional authority competent to receive Letters of Request for execution in Jersey."</p> | <p>„a) Nach den Artikeln 16, 17 und 18 des Übereinkommens wird der Royal Court of Jersey (Königlicher Gerichtshof von Jersey) als die zuständige Behörde für Jersey bestimmt;</p> <p>b) nach den Artikeln 24 und 25 des Übereinkommens wird der Royal Court (Königlicher Gerichtshof) als weitere Behörde bestimmt, die für die Entgegennahme von Rechtshilfeersuchen zur Erledigung in Jersey zuständig ist.“</p> |
|--|--|

Erklärungen:

(Übersetzung)

- |  |  |
|--|--|
| <p>"1. In accordance with Article 8, members of the judicial personnel of the requesting authority may be present at the execution of a Letter of Request in Jersey only with the prior authorisation of the Royal Court.</p> <p>2. In accordance with Article 18, a diplomatic officer, consular agent or commissioner authorised to take evidence under Articles 15, 16 and 17 of the Convention may apply to the competent authority in Jersey designated hereinbefore for appropriate assistance to obtain such evidence on compulsion, provided that the Contracting State whose diplomatic officer, consular agent or commissioner makes the application has made a declaration affording reciprocal facilities under Article 18.</p> <p>3. In accordance with Article 23, Jersey will not execute Letters of Request issued for the purpose of obtaining pre-trial discovery of documents.</p> <p>The Government of Jersey understand 'Letters of Request issued for the purpose of obtaining pre-trial discovery of documents' for the purposes of the foregoing declaration as including any Letter of Request which requires a person:</p> | <p>„1. Nach Artikel 8 können Mitglieder der ersuchenden gerichtlichen Behörde nur mit der vorherigen Genehmigung des Royal Court (Königlicher Gerichtshof) bei der Erledigung eines Rechtshilfeersuchens in Jersey anwesend sein.</p> <p>2. Nach Artikel 18 kann ein diplomatischer oder konsularischer Vertreter oder Beauftragter, der befugt ist, nach Artikel 15, 16 oder 17 des Übereinkommens Beweis aufzunehmen, sich an die oben bestimmte zuständige Behörde in Jersey wenden, um die für diese Beweisaufnahme erforderliche Unterstützung durch Zwangsmaßnahmen zu erhalten, sofern der Vertragsstaat, dessen diplomatischer oder konsularischer Vertreter oder Beauftragter den Antrag stellt, eine Erklärung über die Gewährung entsprechender Erleichterungen nach Artikel 18 abgegeben hat.</p> <p>3. Nach Artikel 23 wird Jersey Rechtshilfeersuchen nicht erledigen, die ein Verfahren der ‚pre-trial discovery of documents‘ zum Gegenstand haben.</p> <p>Die Regierung von Jersey versteht unter „Rechtshilfeersuchen, die ein Verfahren der ‚pre-trial discovery of documents‘ zum Gegenstand haben,“ im Sinne der vorstehenden Erklärung auch jedes Rechtshilfeersuchen, aufgrund dessen eine Person</p> |
|--|--|

- |   |  |
|---|--|
| <p>i. to state what documents relevant to the proceedings to which the Letter of Request relates are, or have been, in his possession, custody or power; or</p> <p>ii. to produce any documents other than particular documents specified in the Letter of Request as being documents appearing to the requested courts to be, or likely to be, in his possession, custody or power."</p> | <p>i) darlegen soll, welche Schriftstücke im Zusammenhang mit dem Verfahren, auf das sich das Rechtshilfeersuchen bezieht, sich in ihrem Besitz, ihrem Gewahrsam oder ihrer Verfügungsgewalt befinden oder befunden haben, oder</p> <p>ii) Schriftstücke vorlegen soll, die zwar im Rechtshilfeersuchen nicht einzeln bezeichnet werden, sich aber nach Auffassung der ersuchten Gerichte im Besitz, im Gewahrsam oder in der Verfügungsgewalt dieser Person befinden oder wahrscheinlich befinden."</p> |
|---|--|

Die Erstreckung ist nach Artikel 40 Abs. 3 des Übereinkommens am 7. März 1987 wirksam geworden.

## II.

Unter Bezugnahme auf seine bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 7. August 1974 abgegebenen Erklärungen (vgl. die Bekanntmachung vom 5. September 1980/BGBl. II S. 1290) hat Frankreich seine Erklärung zu Artikel 23 des Übereinkommens durch eine dem niederländischen Verwahrer am 19. Januar 1987 zugegangene Note vom 24. Dezember 1986 wie folgt geändert:

(Übersetzung)

«La déclaration faite par la République française conformément à l'article 23 relatif aux commissions rogatoires qui ont pour objet la procédure de 'pre-trial discovery of documents' ne s'applique pas lorsque les documents demandés sont limitativement énumérés dans la commission rogatoire et ont un lien direct et précis avec l'objet du litige».

„Die Erklärung der Französischen Republik nach Artikel 23 in Bezug auf Rechtshilfeersuchen, die das Verfahren der 'pre-trial discovery of documents' zum Gegenstand haben, findet keine Anwendung, wenn die angeforderten Urkunden in dem Rechtshilfeersuchen erschöpfend aufgezählt sind und mit dem Streitgegenstand in unmittelbarem und klarem Zusammenhang stehen.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 5. September 1980 (BGBl. II S. 1290) und vom 3. Dezember 1986 (BGBl. II S. 1135).

Bonn, den 20. Mai 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Oesterhelt

**Herausgeber:** Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

**Bezugsbedingungen:** Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 3 82 08 - 0.

**Bezugspreis:** Für Teil I und Teil II halbjährlich je 57,60 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1986 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

**Preis dieser Ausgabe:** 2,60 DM (1,80 DM zuzüglich 0,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,40 DM.

**Preis des Anlagebandes:** 4,40 DM (3,60 DM zuzüglich 0,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,20 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1986 A · Gebühr bezahlt

### **Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens über die vorübergehende Einfuhr von Berufsausrüstung**

**Vom 20. Mai 1987**

Das Zollübereinkommen vom 8. Juni 1961 über die vorübergehende Einfuhr von Berufsausrüstung nebst seiner Anlage C (BGBl. 1969 II S. 1065, 1076) ist nach seinem Artikel 16 Abs. 2 für

Simbabwe  
am 18. Mai 1987  
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 19. Juni 1984 (BGBl. II S. 612).

Bonn, den 20. Mai 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Oesterhelt